

## Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 24. Juni 1981  
am Donnerstag, dem 25. Juni 1981

### Verzeichnis der Fragesteller

| <i>Abgeordneter</i>                    | <i>Nummer<br/>der Frage</i> | <i>Abgeordneter</i>                           | <i>Nummer<br/>der Frage</i> |
|----------------------------------------|-----------------------------|-----------------------------------------------|-----------------------------|
| Biehle (CDU/CSU) . . . . .             | 44, 45                      | Dr. Laufs (CDU/CSU) . . . . .                 | 84, 94                      |
| Böhm (Melsungen) (CDU/CSU) . . . . .   | 54, 55                      | Frau Dr. Lepsius (SPD) . . . . .              | 83                          |
| Frau von Braun-Stützer (FDP) . . . . . | 35, 36                      | Linsmeier (CDU/CSU) . . . . .                 | 73, 74                      |
| Bühler (Bruchsal) (CDU/CSU) . . . . .  | 62, 63                      | Lowack (CDU/CSU) . . . . .                    | 28                          |
| Conradi (SPD) . . . . .                | 78, 79                      | Maaß (CDU/CSU) . . . . .                      | 64, 65                      |
| Cronenberg (FDP) . . . . .             | 66, 67                      | Müller (Wadern) (CDU/CSU) . . . . .           | 50                          |
| Dörflinger (CDU/CSU) . . . . .         | 13, 14                      | Müller (Wesseling) (CDU/CSU) . . . . .        | 48, 49                      |
| Duve (SPD) . . . . .                   | 80, 81                      | Neumann (Bramsche) (SPD) . . . . .            | 9                           |
| Eigen (CDU/CSU) . . . . .              | 1, 2                        | Pensky (SPD) . . . . .                        | 76, 77                      |
| Fellner (CDU/CSU) . . . . .            | 21                          | Peter (Kassel) (SPD) . . . . .                | 37, 38                      |
| Fischer (Hamburg) (CDU/CSU) . . . . .  | 47                          | Pfeffermann (CDU/CSU) . . . . .               | 60, 61                      |
| Dr. Friedmann (CDU/CSU) . . . . .      | 53, 87                      | Poß (SPD) . . . . .                           | 15                          |
| Gansel (SPD) . . . . .                 | 89, 90                      | Reschke (SPD) . . . . .                       | 5, 6                        |
| Gilges (SPD) . . . . .                 | 82                          | Sauter (Epfendorf) (CDU/CSU) . . . . .        | 42, 43                      |
| Hansen (SPD) . . . . .                 | 22, 41                      | Schreiner (SPD) . . . . .                     | 88                          |
| Frau Dr. Hartenstein (SPD) . . . . .   | 51, 52                      | Schröder (Wilhelminenhof) (CDU/CSU) . . . . . | 57, 58                      |
| Hauck (SPD) . . . . .                  | 68, 69                      | Frau Schuchardt (FDP) . . . . .               | 31, 32                      |
| Dr. Hennig (CDU/CSU) . . . . .         | 7, 25                       | Schulze (Berlin) (CDU/CSU) . . . . .          | 59                          |
| Heyenn (SPD) . . . . .                 | 39, 40                      | Graf Stauffenberg (CDU/CSU) . . . . .         | 10                          |
| Dr. Hirsch (FDP) . . . . .             | 29, 30                      | Dr. Steger (SPD) . . . . .                    | 46, 93                      |
| Hoffie (FDP) . . . . .                 | 19, 20                      | Stockleben (SPD) . . . . .                    | 70, 71                      |
| Horstmeier (CDU/CSU) . . . . .         | 27                          | Stutzer (CDU/CSU) . . . . .                   | 72                          |
| Dr. Hüsch (CDU/CSU) . . . . .          | 8                           | Frau Verhülsdonk (CDU/CSU) . . . . .          | 3, 4                        |
| Dr. Hupka (CDU/CSU) . . . . .          | 97                          | Dr. Voss (CDU/CSU) . . . . .                  | 17, 18                      |
| Jäger (Wangen) (CDU/CSU) . . . . .     | 56                          | Weinhofer (SPD) . . . . .                     | 16, 75                      |
| Dr. Jens (SPD) . . . . .               | 91, 92                      | Weisskirchen (Wiesloch) (SPD) . . . . .       | 11, 12                      |
| Kirschner (SPD) . . . . .              | 23, 24                      | Wolfram (Recklinghausen) (SPD) . . . . .      | 95, 96                      |
| Dr. Kübler (SPD) . . . . .             | 85, 86                      | Dr. Zumpfort (FDP) . . . . .                  | 33, 34                      |
| Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU) . . . . .  | 26                          |                                               |                             |

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

|                                                                                             | Seite |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft<br>und Forsten . . . . . | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und<br>Gesundheit. . . . .         | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen<br>und Städtebau . . . . .   | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . . . . .                | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . .             | 4     |
| Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . . . .                    | 4     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .                                 | 4     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . . . .                 | 6     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .                             | 6     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .                                  | 8     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde-<br>wesen . . . . .        | 10    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie. . . . .                 | 11    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .                              | 12    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern. . . . .                                    | 12    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .                               | 14    |

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)      Welche Möglichkeiten der Anpassung sieht die Bundesregierung für den bäuerlichen Familienbetrieb, wenn in der Europäischen Gemeinschaft nach Aussagen von Staatssekretär Rohr in Zukunft die Agrarpolitik auf Initiative der Bundesregierung in folgender Weise geändert wird: Vorsichtige Preispolitik, Beschränkung der Intervention, Mitverantwortungsabgaben und Abbau von Beihilfen?
2. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)      Welche Agrarmärkte der Europäischen Gemeinschaft möchte die Bundesregierung wie weit öffnen (Bundesminister Ertl in Novi Sad), und welche Auswirkung hat diese weitere Öffnung auf das neue Marktmodell der Bundesregierung und für die bäuerlichen Familienbetriebe in der Europäischen Gemeinschaft?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

3. Abgeordnete  
**Frau Verhülsdonk**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß der Arbeitsstab Frauenpolitik im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit Unternehmen anhält, Frauenförderpläne aufzustellen?
4. Abgeordnete  
**Frau Verhülsdonk**  
(CDU/CSU)      Nach welchen Kriterien werden Unternehmen für solche Werbeaktionen ausgewählt, und ist die Bundesregierung bereit, zunächst innerhalb des eigenen Kompetenzbereiches in dieser Hinsicht vorbildhaft tätig zu werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

5. Abgeordneter  
**Reschke**  
(SPD)      Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung der Initiierung und Unterstützung der flächenhaften Verkehrsberuhigung zur Verbesserung der städtebaulichen Situation in den Ballungsgebieten bei?
6. Abgeordneter  
**Reschke**  
(SPD)      Wie ist der Stand der Vorbereitungen zur modellhaften Untersuchung und Einführung der flächenhaften Verkehrsberuhigung durch die Bundesregierung unter Berücksichtigung der Finanzbasis?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen**

7. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU)      Wie beurteilt die Bundesregierung die Volkskammerwahlen vom 14. Juni 1981 in der DDR, und welche konkreten Schritte hat sie gegen die illegale Einbeziehung Ost-Berlins in die Direktwahl unternommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

8. Abgeordneter  
**Dr. Hüsch**  
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung Konsequenzen aus der kürzlich in Berlin vor der Nord-Süd-Kommission geäußerten Kritik ziehen, die deutsche Entwicklungspolitik sei rückständig, und wenn ja, welche?
9. Abgeordneter  
**Neumann**  
(Bramsche)  
(SPD) Wie werden eigene entwicklungspolitische Vorhaben der Bundesländer mit der Bundesregierung abgestimmt?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und  
des Bundeskanzleramtes**

10. Abgeordneter  
**Graf**  
**Stauffenberg**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundeskanzler Schmidt in Washington erklärt hat, er habe das Wort „Entspannung“ „nie benutzt“, und diesbezüglich habe er seine „Terminologie“ nicht geändert?
11. Abgeordneter  
**Weisskirchen**  
(Wiesloch)  
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebenen Sinus-Studie „Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland“?
12. Abgeordneter  
**Weisskirchen**  
(Wiesloch)  
(SPD) Wo sieht die Bundesregierung Ursachen für das hohe Potential von Gewaltbereitschaft beim Rechtsextremismus, wie sie durch die Sinus-Studie ermittelt wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

13. Abgeordneter  
**Dörflinger**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit anzuerkennen, daß die erhöhte Absetzung nach § 82 g EStG von 10 v. H. für zehn Jahre für Gebäude in einem förmlich festgesetzten Sanierungsgebiet ein wesentlicher Anreiz für Wohnungsmodernisierung darstellt, und daß die Gefahr besteht, daß andernfalls die Durchführung von solchen Maßnahmen zum Erliegen kommt, wenn einmal kein steuerlicher Anreiz mehr besteht?
14. Abgeordneter  
**Dörflinger**  
(CDU/CSU) Ist angesichts dieser Zusammenhänge die Bundesregierung bereit, die oben genannte Möglichkeit der erhöhten Absetzung auch über den 1. Juli 1983 hinaus zu gewähren und damit die Ablauffrist der erhöhten Absetzung — wie schon einmal geschehen — wieder zu verlängern?
15. Abgeordneter  
**Poß**  
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung die Lücke zu schließen, die es privaten Anlegern ermöglicht, Gelder ohne steuerliche Abgabepflichten auf sogenannten Treuhandkonten in der Schweiz zu investieren?

16. Abgeordneter  
**Weinhofer**  
(SPD) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Anordnung von Auslandsdienstreisen für zivile Arbeitnehmer der CLG/LSU (Civil Labor Group/Labor Service Unit) einzeln oder in Gruppen des Einverständnisses der betroffenen Arbeitnehmer bedarf, und wenn ja, wie kann sie dieser Auffassung Geltung verschaffen?
17. Abgeordneter  
**Dr. Voss**  
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß sich die öffentliche Hand allein im ersten Quartal 1981 für rund 10 Milliarden DM im Ausland zusätzlich verschuldet hat, und wie hat sich bejahendenfalls diese Verschuldungstendenz in den beiden ersten Monaten des zweiten Quartals fortgesetzt?
18. Abgeordneter  
**Dr. Voss**  
(CDU/CSU) Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß die Verschuldung des ersten Quartals bei rund 10 v. H. Zinsen und einer Laufzeit von 10 Jahren bedeutet, daß innerhalb von 10 Jahren hierfür 10 Milliarden DM an Zinsen an das Ausland zu zahlen sind, und daß diese Zahlung im Gegensatz zu Zinszahlungen im Inland ein endgültiger Verlust an nationalem Realeinkommen ist?
19. Abgeordneter  
**Hoffie**  
(FDP) Muß der Begriff der Zwangsläufigkeit von außergewöhnlichen Belastungen (§ 33 EStG) im Fall eines Hochschulstudiums, dessen Kosten den in § 10 Abs. 1 Ziff. 7 EStG genannten Betrag übersteigen, nicht anders ausgelegt werden als in der Antwort der Bundesregierung auf meine Fragen Nr. 52 und 53 für die Fragestunde vom 16. Juni 1981 geschehen, wenn der steuerpflichtige Ehemann der studierenden Ehefrau für die Kosten des Studiums aufkommt und das Studium, das nur im europäischen Ausland absolviert werden kann, bereits Jahre vor der Eheschließung begonnen wurde?
20. Abgeordneter  
**Hoffie**  
(FDP) Sieht die Bundesregierung in der Tatsache eine besondere Härte, daß die steuerlichen Begünstigungen für die Berufsausbildung von Kindern mit deren Eheschließung ersatzlos zu Ende gehen, obgleich die Ausbildungskosten für den steuerpflichtigen Ehemann in vollem Umfang weiterlaufen, ohne daß dieser die Möglichkeit hat, wegen der engen Auslegung des Begriffs der Zwangsläufigkeit, die Aufwendungen, die den in § 10 Abs. 1 Ziff. 7 EStG genannten Betrag übersteigen, im Rahmen der außergewöhnlichen Belastungen steuerlich zur Geltung zu bringen, und beabsichtigt sie, durch entsprechende Maßnahmen dieser Härte abzuweichen?
21. Abgeordneter  
**Fellner**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, für welche Anlagen und in welchem Bereich des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr die US-Army Investitionen von 20 Millionen Dollar tätigt?
22. Abgeordneter  
**Hansen**  
(SPD) Wie weit sind die von der Bundesregierung im April 1981 angekündigten Prüfungen der zuständigen Landesfinanzbehörde im Fall der OTRAG gediehen, ob geltend gemachte Verlustzuweisungen ab 1. Januar 1980 nach § 15 a EStG in Verbindung mit der Übergangsregelung aus Rechtsgründen beim Gesellschafter vom Ausgleich mit anderen Einkünften ausgeschlossen sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Arbeit und Sozialordnung**

23. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD) Ist die bundesweite Fragebogenaktion des Instituts der Deutschen Wirtschaft und der Arbeitgeberverbände, mit der unter anderem die parteipolitische Zugehörigkeit der demokratisch gewählten Betriebsratsvorsitzenden festgestellt werden soll, mit öffentlichen Mitteln des Bundes gefördert worden, und wenn ja, welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Ergebnisse dieser Aktion vor?
24. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD) Ist – falls die Fragebogenaktion der Arbeitgeber mit Bundesmitteln gefördert wurde – geprüft worden, ob sie mit dem Betriebsverfassungsgesetz vereinbar ist, wonach „Arbeitgeber und Betriebsrat unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohle der Arbeitnehmer und des Betriebs zusammenarbeiten“, und wenn ja, mit welchem Ergebnis, und welche Auffassung vertritt die Bundesregierung dazu?
25. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung endlich einen Regierungsentwurf zur Neuordnung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes vorlegen, oder hält es die Bundesregierung immer noch für ausreichend, mehr als drei Jahre nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1978 den „Meinungsbildungsprozeß aller politischen Kräfte im Deutschen Bundestag und im Bundesrat“ abzuwarten?
26. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, an der vollen Übernahme der Krankheitskosten der nicht mehr erwerbstätigen Landwirte auf den Bundeshaushalt als einer agrarpolitisch erforderlichen einkommenswirksamen Entlastung der aktiven Landwirte (vgl. Begründung zum Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Landwirte, Bundestags-Drucksache VI/3012) als vertragliche Grundlage zur Einführung einer gesetzlichen Pflichtversicherung für die Landwirte auch weiterhin festzuhalten?
27. Abgeordneter  
**Horstmeier**  
(CDU/CSU) Ist sich die Bundesregierung der Auswirkung des § 598 Abs. 1 RVO auf die Zahlung aus der landwirtschaftlichen Unfallversicherung bewußt, die dazu führt, daß für eine Landwirtswitwe mit 2 und mehr Kindern nur 1 080 DM monatlich gezahlt werden können, und wenn ja, sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, eine Härteregelung für Witwen mit drei und mehr Kindern einzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

28. Abgeordneter  
**Lowack**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung einen Bundesverteidigungsminister für tragbar, der gemäß einem Interview mit der Zeitschrift „Quick“, Ausgabe vom 21. Mai 1981, auf Vorhalt seiner Äußerung, mit der Übernahme des Bundesverteidigungsministeriums habe für ihn „der ganze Salat begonnen“ sich wörtlich äußert, „Ich bin auf die Hardthöhe gegangen, weil ich auf diesen Posten abkommandiert worden bin“?

29. Abgeordneter  
**Dr. Hirsch**  
(FDP) Welche Gründe veranlassen die Bundesregierung zur Beibehaltung des redaktionellen Konzeptes der Truppenzeitschriften, obwohl die Analyse des psychologischen Dienstes der Bundeswehr ergab, daß 90 v. H. der befragten Soldaten die Zeitschriften als zu brav, 82 v. H. diese als zu angepaßt, 70 v. H. sie als zu ernst bewerteten, während deutliche Informationsdefizite bei individuellen Alltagsproblemen kritisiert wurden, wie etwa „Versorgungslage und rechtliche Stellung der Soldaten“ (74 v. H.), „Tips für den dienstlichen Alltag“ (82 v. H.), „Problembereiche in der Bundeswehr“ (75 v. H.)?
30. Abgeordneter  
**Dr. Hirsch**  
(FDP) Welche Gründe veranlassen die Bundesregierung dazu, die Truppenzeitschriften demnächst im Abonnementhandel und an den Bahnhofskiosken anzubieten, wenn die Resonanzanalyse zu der Schlußfolgerung kommt, daß selbst eine grundlegende Veränderung des redaktionellen Konzepts wenig für die Gewinnung neuer Leserkreise verspricht?
31. Abgeordnete  
**Frau Schuchardt**  
(FDP) Wie begründet die Bundesregierung den Widerspruch, daß homosexuelle Männer zwar grundsätzlich wehrdienstfähig und vom längeren freiwilligen Dienst nicht auszuschließen sind, aber ihnen die Eignung zum Vorgesetzten abgesprochen wird, obwohl wissenschaftlich unumstritten ist, daß Homosexualität keine Krankheit, sondern ausschließlich eine Variante sexuellen Verhaltens ist?
32. Abgeordnete  
**Frau Schuchardt**  
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dies mit der Reform des § 175 von 1969 und 1973 nicht zu vereinbaren ist?
33. Abgeordneter  
**Dr. Zumpfort**  
(FDP) Treffen Berichte zu, wonach der Mönch-Verlag mit einer Reihe von Angehörigen des Bundesverteidigungsministeriums Beraterverträge abgeschlossen hat?
34. Abgeordneter  
**Dr. Zumpfort**  
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Angehörige anderer Bundesministerien mit dem Mönch-Verlag Beraterverträge haben, und gegebenenfalls welche?
35. Abgeordnete  
**Frau von Braun-Stützer**  
(FDP) Seit wann ist der Mönch-Verlag ausschließlicher Auftragnehmer für die Truppenzeitschriften „Heer“, „Luftwaffe“ und „Marine“, und was sind die Gründe für die ausschließliche und ununterbrochene Auftragserteilung des Bundesverteidigungsministers an den Mönch-Verlag?
36. Abgeordnete  
**Frau von Braun-Stützer**  
(FDP) Welche Verlage hatten sich wann und mit welchem Preisangebot ebenfalls um den Auftrag beworben, bzw. wo wurde der Auftrag noch ausgeschrieben?
37. Abgeordneter  
**Peter (Kassel)**  
(SPD) Steht nach Ansicht der Bundesregierung die öffentliche Kritik des Generalmajors a. D. Bastian an der offiziellen NATO-Strategie im Widerspruch zu den Bestimmungen des Soldatengesetzes?
38. Abgeordneter  
**Peter (Kassel)**  
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung nach den Ermahnungen des Staatssekretärs Dr. Hiehle, weitere Konsequenzen zu ziehen?

39. Abgeordneter  
**Heyenn**  
(SPD)      Welche Gesprächspartner des Generalmajors a. D. Bastian und welche konkreten Handlungen in der „Art seines Vorgehens gegen die Brüsseler Beschlüsse“ lassen nach Auffassung der Bundesregierung den Eindruck entstehen, Herr Bastian sei nunmehr „sicherheitspolitischer Kronzeuge“ derjenigen Kräfte, die die Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland schwächen wollen?
40. Abgeordneter  
**Heyenn**  
(SPD)      Welche Änderung seiner Verhaltensweise erwartet die Bundesregierung von Herrn Bastian, damit dieser ein disziplinargerichtliches Verfahren vermeidet?
41. Abgeordneter  
**Hansen**  
(SPD)      Wie vereinbart sich der Disziplinierungsversuch des Verteidigungsministeriums gegenüber dem ehemaligen General Bastian, der für die Verminderung von nuklearem Waffenpotential in Europa durch öffentliche Meinungsäußerung eintritt, mit der Duldung der Geschäfte des ehemaligen Generalinspektors Wust, der aktiv und unter Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz das nukleare Potential im Nahen Osten für Rechnung der Firma OTRAG zu vermehren bemüht ist?
42. Abgeordneter  
**Sauter**  
(Epfendorf)  
(CDU/CSU)      Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Angebot an Frischmilch und Milchprodukten bei der Truppenverpflegung und bei der Marschverpflegung zu verbessern?
43. Abgeordneter  
**Sauter**  
(Epfendorf)  
(CDU/CSU)      Weshalb werden Milch und Milchprodukte nicht in das „Grundsortiment“ der Bundeswehrkantinen aufgenommen?
44. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU)      Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Angehörigen des Bundesverteidigungsministeriums, soweit diese in Bundesdarlehenswohnungen oder in mit Bundesmitteln geförderten Familienheimen wohnen, auch zur Entrichtung der sogenannten Fehlbelegungsabgabe herangezogen werden sollen, obwohl der Dienstherr diese Wohnungen u. a. auch im eigenen Interesse zur Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte gefördert hat?
45. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU)      Welche Maßnahmen sind gegebenenfalls vorgesehen, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden, wenn z. B. Inhaber von Bundesdarlehenswohnungen Abgaben zahlen sollen und solche von Bundesmietwohnungen hingegen nicht, wobei berücksichtigt werden muß, daß Wohnungsbewerber im Regelfalle keinen Einfluß auf die Art der zugewiesenen Wohnung haben?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

46. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD)      Trifft es zu, daß bei der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost grundsätzlich (auch nicht als Arbeiter) keine vorbestraften Bewerber eingestellt werden, und was sind gegebenenfalls die Gründe dafür?

47. Abgeordneter  
**Fischer**  
(Hamburg)  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung auch nach dem jüngsten Gespräch zwischen den Verkehrsministern von Hamburg und Schleswig-Holstein sowie dem Bundesverkehrsminister noch immer an der Option für den Flughafen Kaltenkirchen fest, oder muß sie nicht vielmehr davon ausgehen, daß inzwischen eine endgültige negative Entscheidung gegen die Verwirklichung des Projekts auf dem bisher ins Auge gefaßten Gelände gefallen ist?
48. Abgeordneter  
**Müller**  
(Wesseling)  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Gebührenordnung, die vom Bundesminister für Verkehr mit Zustimmung des Bundesrates gemäß § 6 a Abs. 2 StVG für die Tätigkeit der Technischen Überwachungsvereine erlassen worden ist, nicht mehr die Kosten für den Personal- und Sachaufwand der Technischen Überwachungsvereine decken?
49. Abgeordneter  
**Müller**  
(Wesseling)  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Technischen Überwachungsvereine bei weiterer Verzögerung der Gebührenerhöhungen eine Reduzierung des flächendeckenden Prüfangebots durch Schließung von Kfz-Außenstellen in Betracht ziehen, und was gedenkt sie in dieser Sache zu unternehmen?
50. Abgeordneter  
**Müller**  
(Wadern)  
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung alle Anstrengungen unternommen, damit entsprechend der Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsplan 1981 im Rahmen des Ausbaus der Saar zur Großschiffahrtsstraße die Vergabe der Staustufe Serrig und des Oberwassers Serrig (Strecke von Serrig bis zur Landesgrenze) noch in diesem Jahr sichergestellt ist, um damit zu gewährleisten, daß die Fertigstellung des Saarausbauens zumindest bis Dillingen im Jahr 1985 gewährleistet ist?
51. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Hartenstein**  
(SPD)
- Besteht die Möglichkeit, für die noch zu bauende Teilstrecke des Rhein-Main-Donau-Kanals zwischen Nürnberg und Kelheim sowie für die Donaukanalisierung zwischen Regensburg und Passau eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung auf Grund der Tatsache, daß der Bund 2/3 der Investitionsmittel bereitstellt, eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu veranlassen?
52. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Hartenstein**  
(SPD)
- Wann ist die letzte Kosten-Nutzen-Analyse für den Rhein-Main-Donau-Kanal erstellt worden, und welches sind die Ergebnisse?
53. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)
- Kann die Deutsche Bundesbahn angesichts ihrer eigenen Finanz- und Ertragssituation und angesichts der Finanzsituation des Bundes die geplante Neubaustrecke Mannheim — Basel noch so ausbauen, wie sie im Bedarfsplan für Bundesfernstraßen (Drucksache 8/3662) vorgesehen ist, und welcher Zeitplan ist zutreffendenfalls vorgesehen?

54. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Deutsche Bundesbahn nach wie vor, ein auf das ganze Bundesgebiet bezogenes und in das europäische Verkehrsnetz integriertes Schnellbahnsystem zu verwirklichen, von dem die Neubautrasse Hannover — Würzburg ein Teilstück ist, und welche Neubautrassen sind außer der genannten geplant?
55. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU)
- Wie weit ist die Ausführung des Autobahnstücks Herleshausen — Eisenach auf DDR-Gebiet vorangeschritten, das entsprechend der Abmachungen mit der DDR von der Bundesrepublik Deutschland finanziert wird?
56. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU)
- Wann ist mit der Vorlage des Entwurfs der Bundesregierung für ein neues Lärmschutzgesetz zu rechnen, und gibt es bereits eine grundsätzliche Übereinstimmung innerhalb der Bundesregierung über die zugrundezulegenden Lärmbelastungsobergrenzen?
57. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Wilhelminenhof)  
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch, der sich aus der Tatsache ergibt, daß sie in ihrer Regierungserklärung der Kohle den Vorrang für die Energieerzeugung einräumt, der Bundesverkehrsminister den Einsatz von Importkohle praktisch jedoch unmöglich macht, weil er für den Transport der Importkohle von Emden zum Ruhrgebiet Kanalabgaben erhebt, die etwa das 2 1/2-fache dessen betragen, was für heimische Kohle auf dem Weg vom Ruhrgebiet nach Emden gezahlt werden muß?
58. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Wilhelminenhof)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, unter Berücksichtigung der starken niederländischen Konkurrenz, der katastrophalen Beschäftigungslage im Emder Hafen und der von ihr selbst verkündeten energiepolitischen Ziele, die öffentlich-rechtlichen Schiffsfahrtsabgaben der veränderten Situation anzupassen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen**

59. Abgeordneter  
**Schulze**  
(Berlin)  
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung auf die ab 1. Juni 1981 von der DDR vorgenommenen drastischen Erhöhung der Transitgebühren für CB-Funker gegenüber der Regierung der DDR zu reagieren?
60. Abgeordneter  
**Pfeffermann**  
(CDU/CSU)
- Warum hat der Bundespostminister den Abgeordneten des Deutschen Bundestages in der Sitzung des Ausschusses für das Post- und Fernmeldewesen am 16. Juni 1981 nicht die gleichen schriftlichen Unterlagen über „Wirtschaftliche Gründe für geplante Gebührenmaßnahmen 1982“ zur Verfügung gestellt, wie er dies zuvor am gleichen Tag anonym gegenüber der Presse tat?
61. Abgeordneter  
**Pfeffermann**  
(CDU/CSU)
- Mit welchen Gebührenerhöhungen im einzelnen beabsichtigt der Bundespostminister, das gesetzte Ziel von jährlich 2,3 Milliarden DM Mehreinnahmen im Postwesen zu realisieren, und warum wurden

diese Gebührenpläne, obwohl sie in der Presse überall nachzulesen sind, den Abgeordneten des Deutschen Bundestages vorenthalten?

62. Abgeordneter  
**Bühler**  
(Bruchsal)  
(CDU/CSU)
- Kann der Bundespostminister einen Wirtschaftsbereich nennen, in dem — außer dem Energiebereich — die Preise in den letzten 10 Jahren (Stichtag 1. Juni 1971) annähernd so drastisch erhöht wurden bzw. werden wie im Bereich der Deutschen Bundespost (Standardbrief von 30 Pfg auf 60 Pfg, demnächst 80 Pfg = 100 v. H. bzw. 167 v. H.; Postkarte von 20 Pfg auf 50 Pfg, demnächst 70 Pfg = 150 v. H. bzw. 250 v. H.; Standard-Massendrucksache von 7 Pfg auf 25 Pfg, demnächst 40 Pfg = 250 v. H. bzw. 450 v. H.; Päckchen von 1 DM auf 2,30 DM, demnächst 3,20 DM = 130 v. H. bzw. 220 v. H.; Pakete Zone 1 bis 5 kg von 1,20 DM auf 3,40 DM, demnächst 4,50 DM = 183 v. H. bzw. 275 v. H.)?
63. Abgeordneter  
**Bühler**  
(Bruchsal)  
(CDU/CSU)
- Was bezweckt der Bundespostminister mit der Veröffentlichung von Hochrechnungen über Gebührenermäßigungen im Fernmeldewesen vergangener Jahre auf das Jahr 1981 bezogen (angegeben werden 5,8 Milliarden DM), und könnte der Bundespostminister einmal angeben, wie stark die Gebührenerhöhungen dieser Jahre (seit 1978) oder der Fortfall des Mondscheintarifs oder die enormen Gebührenerhöhungen der Jahre 1971 bis 1974 (seinerzeit um bis zu 400 v. H.) 1981 beim Postkunden zu Buch schlagen?
64. Abgeordneter  
**Maaß**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich die Postgebühren der Deutschen Bundespost zur Zeit und nach der geplanten Gebührenerhöhung im internationalen Vergleich stellen?
65. Abgeordneter  
**Maaß**  
(CDU/CSU)
- Um wieviel werden sich die Ablieferungsbeträge der Deutschen Bundespost an den Bundeshaushalt durch die geplante Gebührenerhöhung in den Jahren 1982 bis 1985 erhöhen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie**

66. Abgeordneter  
**Cronenberg**  
(FDP)
- Welche Priorität räumt die Bundesregierung im Rahmen ihres Programms zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit dem Bereich der Gesundheitssystemforschung im Verhältnis zu den Bereichen der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung zur Verbesserung von Vorsorge, Behandlung und Rehabilitation ein?
67. Abgeordneter  
**Cronenberg**  
(FDP)
- Ist die Bundesregierung angesichts der längerfristig angespannten Haushaltslage bereit, der unmittelbar gesundheits- oder krankheitsbezogenen Forschung den Vorrang vor der Gesundheitssystemforschung einzuräumen?
68. Abgeordneter  
**Hauck**  
(SPD)
- Welche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben fördert die Bundesregierung zur Nutzung der Fernwärme im ländlichen Bereich?

69. Abgeordneter  
**Hauck**  
(SPD)      Handelt es sich bei dem von der Bundesregierung geförderten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zum Ausbau des Fernwärmenetzes der Stadt Wolfsburg um ein gemeinschaftliches Projekt des Bundes und des Landes Niedersachsen, und wenn ja, in welchem Maße ist das Land Niedersachsen an dem Vorhaben beteiligt?
70. Abgeordneter  
**Stockleben**  
(SPD)      In welchem Maße beteiligt sich das Land Niedersachsen an dem von der Bundesregierung geförderten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zum Ausbau des Fernwärmenetzes der Stadt Wolfsburg?
71. Abgeordneter  
**Stockleben**  
(SPD)      Welche Voraussetzungen müssen für die Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Bundesregierung zur Nutzung der Fernwärme im ländlichen Raum erfüllt werden?
72. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU)      Welche Forschungsvorhaben werden vom Bund in Schleswig-Holstein gefördert, und ist daran gedacht, mit Hilfe des Bundes die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Schleswig-Holstein stärker als bisher in die Forschungsförderung einzubeziehen, damit das Nord-Süd-Gefälle auf diesem Sektor nicht noch größer wird?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

73. Abgeordneter  
**Linsmeier**  
(CDU/CSU)      Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, welche Hilfsmaßnahmen europäischer und nordamerikanischer Länder nach dem Austritt der linksgerichteten Kräfte aus der Regierung Duarte eingestellt wurden?
74. Abgeordneter  
**Linsmeier**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung bekannt, welche Hilfsmaßnahmen sozialistischer Länder sowie Nicaraguas und Cubas den linksgerichteten Kräften El Salvadors nach deren Austritt aus der Regierung Duarte zugesagt bzw. gegeben wurden, und wenn ja, welche Informationen hat die Bundesregierung insoweit?
75. Abgeordneter  
**Weinhofer**  
(SPD)      Wie beurteilt die Bundesregierung in rechtlicher Hinsicht die Feststellung, daß das Hauptquartier USAREUR NATO-Staatsbürgern, die bei ihm beschäftigt sind und für eine begrenzte Zeit außerhalb der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt werden, den Stempel-Status eines Mitglieds des zivilen Gefolges zuerkennt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

76. Abgeordneter  
**Pensky**  
(SPD)      Welche Gründe liegen vor, daß zu dem Europäischen Übereinkommen vom 28. Juni 1978 über die Kontrolle des Erwerbs und Besitzes von Schußwaffen durch Einzelpersonen, dem der Deutsche Bundestag am 12. Juni 1980 zugestimmt hat, die Ratifizierungsurkunde noch nicht hinterlegt worden ist?
77. Abgeordneter  
**Pensky**  
(SPD)      Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf die Vertragsstaaten des Europarats dahin gehend einzuwirken, daß diese, unter dem Gesichtspunkt der Eindämmung des illegalen Waffenhandels und

- der damit verbundenen wirksameren Bekämpfung der Schwermriminalität, das Europäische Übereinkommen zum Waffenrecht in ihre nationale Gesetzgebung umsetzen?
78. Abgeordneter  
**Conradi**  
(SPD) Hält die Bundesregierung angesichts der erschreckenden Ergebnisse der von ihr in Auftrag gegebenen Untersuchung über den Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland die Feststellung im Verfassungsschutzbericht 1979 aufrecht „Der Rechtsextremismus stellt weiterhin keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar“?
79. Abgeordneter  
**Conradi**  
(SPD) Wie vertragen sich die Ergebnisse der kürzlich vorgenommenen Durchsuchungen bei des Rechtsextremismus Verdächtigten mit der Behauptung im Verfassungsschutzbericht 1979, die Aktivitäten neonazistischer Gruppen hätten deutlich nachgelassen, und diese Tendenz habe sich 1980 fortgesetzt?
80. Abgeordneter  
**Duve**  
(SPD) Welche konkreten Schritte hält die Bundesregierung für denkbar, um dem wachsenden Rechtsextremismus begegnen zu können?
81. Abgeordneter  
**Duve**  
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der von ihr in Auftrag gegebenen Sinus-Studie?
82. Abgeordneter  
**Gilges**  
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Kooperationsbereitschaft der Länder zur Bekämpfung des Rechtsextremismus?
83. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Lepsius**  
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen seitens des Innenministeriums über die rechtsradikale Organisation „Green Barrets Germany“ in Forbach vor, bestehen Kontakte zwischen dieser Gruppe und rechtsradikalen Auslandsorganisationen, und welche Rolle spielt sie im Netz des deutschen Rechtsradikalismus?
84. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Frage der Informationsfreiheit im öffentlichen Bereich, insbesondere das im westlichen Ausland vielfach verwirklichte und vom Europaparlament sowie dem Europarat geforderte Prinzip der Aktenöffentlichkeit in dieser Wahlperiode aufzugreifen und einer parlamentarischen Beratung zuzuführen?
85. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD) Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, ein wirksames Programm zur Vermeidung und Verringerung von Abfällen und Wegwerfprodukten zu erstellen, um das Ziel zu erreichen, die nur begrenzt vorhandenen Rohstoffe auf der Erde in höchstmöglichem Maße sparsam zu bewirtschaften?
86. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD) Welche praktischen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Bürger unserer Republik konsequent und umfassend über die Notwendigkeit zur Einsparung von Rohstoffen zu informieren und dadurch auch zu einem aktiven eigenen Beitrag zum Umweltschutz zu motivieren, zum Zwecke der Einsparung von Rohstoffen solche Verbrauchsgüter bevorzugt zu kaufen, die Mehrwegverpackungen verwenden?

87. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)
- Warum wurde der seit 1979 beim Auswärtigen Amt vorliegende „Vereinbarungsentwurf über grenzüberschreitende Hilfeleistung“, der auch den Hubschraubereinsatz bei Katastrophen- und außerordentlichen Unglücksfällen vorsieht und der unter der Federführung des Regierungspräsidiums Karlsruhe und unter Beteiligung des Regierungspräsidiums Freiburg und der Bezirksregierung Neustadt a. d. Weinstraße mit den elsässischen Departements und den schweizerischen Kantonen Basel-Stadt und Basel-Land erarbeitet wurde, noch nicht in Kraft gesetzt, und bis wann ist damit zu rechnen?
88. Abgeordneter  
**Schreiner**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung das Schreiben von Herrn Christian de Torquat, Leiter des „Service Central de Sûreté des Installations Nucléaires“ (Genehmigungsabteilung für kerntechnische Einrichtungen im französischen Industrieministerium) vom 5. Februar 1978 bekannt, wo Herr Torquat nachdrücklich u. a. aus dem Gesichtspunkt der Bevölkerungsverteilung davor warnt, an Cattenom als Standort für vier Kernkraftwerke festzuhalten, und ist die Bundesregierung bereit, beim bevorstehenden Besuch des französischen Präsidenten in Bonn darauf hinzuwirken, daß die französische Regierung Cattenom als Standort für vier Kernkraftwerke aufgibt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

89. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß zur Baubetreuung der vom chilenischen Militärregime bei den HDW in Kiel in Auftrag gegebenen U-Boote sich inzwischen vier chilenische Militärpersonen in der Bundesrepublik aufhalten, und wie weit haben Stellen der Bundesregierung bei der Legalisierung der Tätigkeit chilenischer Militärs im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland mitgewirkt?
90. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)
- Wie verträgt sich diese Entwicklung mit den Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung, die Genehmigung für die Produktion der U-Boote für das chilenische Militärregime zu überprüfen?
91. Abgeordneter  
**Dr. Jens**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung im Sondergutachten „Energie und Umwelt“ vom März 1981, daß durch einen forcierten Zubau großer Kohle- und Kernkraftwerke die Chance der Kraft-Wärme-Koppelung gefährdet wird, und hält sie gegebenenfalls eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes für erforderlich, damit zwingend der Einbau von Kraft-Wärme-Koppelung vorgeschrieben werden kann?
92. Abgeordneter  
**Dr. Jens**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung der Empfehlung des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen entsprechen und betriebswirtschaftliche Modellstudien zur Bestimmung der Wirtschaftlichkeitsgrenze bei mittleren und kleineren Heizkraftwerken fördern?
93. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD)
- Inwieweit hat die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung, die Ruhrkohle AG und die VEBA AG zu einem gemeinsamen Projektvorschlag für die Kohleverflüssigung zu veranlassen, die kartellrechtlichen Konsequenzen, wie sie in vergleichbaren Fällen jetzt aufgetreten sind, bedacht?

94. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU)      Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die energiepolitischen Nachteile der küsten- und re- vierfernen Bundesländer entsprechend der neu entstandenen Wettbewerbssituation bei Öl und Kohle insbesondere hinsichtlich der Frachtkosten und der Gebietsauflagen für Importkohle zu be- seitigen?
95. Abgeordneter  
**Wolfram**  
**(Recklinghausen)**  
(SPD)      Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngsten Benzinpreiserhöhungen?
96. Abgeordneter  
**Wolfram**  
**(Recklinghausen)**  
(SPD)      Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß bei sinkenden Rohölpreisen auf dem Weltmarkt die Benzinpreissteigerungen ungerechtfertigt sind, und was gedenkt sie zu tun, um die Mineralöl- konzerne zu bewegen, Ölpreissenkungen an die Verbraucher weiterzugeben?
97. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)      Welche Höhe haben 1981 die durch Hermes-Bürg- schaften staatsverbürgten Kredite an die Volks- republik Polen erreicht, und wie hoch sind die jährlich polnischerseits aufzubringenden Zinsen?

Bonn, den 19. Juni 1981

